

**Schriftliche Anfrage der Ratsherren Voß und Ferber/beide SPD vom 27.08.2024 zur
Beantwortung in der öffentlichen Sitzung des Rates am 09.12.2024**

**„Wasserstoff – Energieversorgung – E-Mobilität – Datenautobahn – neue Branchen
und Technologien: Wie fit ist Lüdenscheid für die Transformation?“**

Frage 1:

Wie bewertet die Verwaltung die Herausforderungen für die heimische Automobilzulieferindustrie im Kontext zu den vorangestellten Beobachtungen? Welche Anstrengungen sollten Politik, Verwaltung und Wirtschaftsförderung unternehmen, um insbesondere KMU dabei zu unterstützen, sich für andere Branchen zu öffnen - insbesondere dort, wo keine eigene Forschung und Entwicklung vorhanden ist oder weit über 90 Prozent der produzierten Güter für die Autobranche gefertigt werden? Wo gelingt dies bereits gut?

Antwort der Verwaltung:

Die heimische Automobilzulieferindustrie steht parallel vor verschiedenen Transformationsanforderungen, die sie vor enorme Herausforderungen stellt. Der angekündigte Stellenabbau bei den großen deutschen Automobilzulieferern und den Autokonzernen, sowie auch die aktuellen Entwicklungen in Lüdenscheid und der Region zeigen den Ernst der Lage.

Die Region Südwestfalen verfügt über Institutionen und Netzwerke auf kommunaler und regionaler Ebene, die die Unternehmen beim notwendigen Strukturwandel unterstützen können. Die Hochschulen in der Region betreiben zahlreiche Forschungsfelder und -einrichtungen und bringen über Transferprojekte innovatives Wissen in die Unternehmen. Der Forschungstransfer wird zudem durch verschiedene Projekte, wie die der Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis (GWS), unterstützt. Seit 2011 gibt es das Automotive Center Südwestfalen (acs) in Attendorn, wo umfassende Dienstleistungen in den Bereichen Entwicklung, Prototyping und Validierung mit dem Fokus auf die Mobilität der Zukunft angeboten werden. Auch der Verbund innovativer Automobilzulieferer in der Region Südwestfalen (VIA) in Olpe, der aus einem IHK-Stammtisch zum Thema „Wege aus der Krise der Automobilzuliefererindustrie“ im Jahr 1994 hervorging, bietet spezialisierte Dienstleistungen an, um Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Die Lüdenscheider Institute bieten in den Bereichen Kunststoff, Metall und Licht Forschungstransfer und in der Innovationsförderung für die heimische Industrie an. Hier besteht zudem eine gute Vernetzung mit dem Zentrum für Innovation und Technik in NRW (ZENIT GmbH) in Mülheim an der Ruhr, das kleine und mittlere Unternehmen bei der Entwicklung und Einführung neuer Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle unterstützt.

Ein bedeutendes Projekt zur Unterstützung der Transformation der heimischen Automobilzulieferindustrie ist das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit 7,1 Mio. Euro geförderte Transformationsnetzwerk „ATLAS – Automotive Transformationsplattform Südwestfalen“. Das Projektkonsortium aus sieben heimischen Akteuren (Instituten, Hochschulen, Wirtschaftsförderung und IG Metall NRW) erarbeitet mit

den Unternehmen aus der Automotive-Branche neue, digitale und nachhaltige Geschäftsmodelle für eine zukunftssträchtige Region.

Diese Darstellung ist nicht abschließend, vermittelt aber einen Eindruck über bestehende Strukturen, Institutionen und Netzwerke in Südwestfalen und darüber hinaus, die die heimischen Unternehmen bei der notwendigen Transformation unterstützen können. Gerade unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen in der Industrie stellt sich jedoch die Frage, ob diese Strukturen und Initiativen ausreichen, um den erforderlichen Strukturwandel in der Region zu bewältigen. Hierzu wäre ein umfassender und fundierter Evaluationsprozess auf regionaler Ebene notwendig.

Frage 2:

In anderen Regionen Deutschlands werden neue Industrien und Technologien angesiedelt oder der Strukturwandel (Braunkohlereviere) mit erheblichen Förderprogrammen unterstützt. Hält die Stadtverwaltung ähnliche Programme zur Unterstützung unseres Strukturwandels für notwendig? Wird dies eine Rolle für die Errichtung neuer Gewerbegebiete spielen oder auch bei der Vermarktung von Industriebrachen?

Antwort der Verwaltung:

Der geplante und gesteuerte Strukturwandel im Rheinischen Revier wurde durch die politische Entscheidung zum Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in Gang gesetzt. Ziel ist, einen alten Braunkohlestandort zu einer klimaneutralen Vorbildregion für Deutschland und Europa zu entwickeln. Über innovative Projekte und Neuansiedlungen soll das Revier zu einer Demonstrationsregion für eine klimaneutrale, nachhaltige und wettbewerbsfähige Industrie werden. Hierfür stehen Strukturstärkungsmittel von Bund und Land in Höhe von mehr als 14,8 Milliarden Euro zur Verfügung. Gesteuert und koordiniert wird der Strukturwandel durch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Die Erstellung ihres Wirtschafts- und Strukturprogramms hat die Zukunftsagentur durch ein breit angelegtes Konsultations- und Beteiligungsverfahren zur Einbindung der Zivilgesellschaft begleiten lassen. Gemäß dem Leitbild, das die Kompetenzen des Reviers nutzt, sollen bedeutsame Fortschritte in den Zukunftsfeldern „Energie und Industrie“, „Ressourcen und Agrobusiness“ und „Innovation und Bildung“ sowie „Raum und Infrastruktur“ erreicht werden.

Der Märkische Kreis ist seit 2022 Fördergebiet des Regionalen Wirtschaftsförderprogramms (RWP) des Landes NRW. Das Programm dient der Erfüllung der Bund/Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und umfasst Förderangebote sowohl für die gewerbliche Wirtschaft als auch für Vorhaben im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Förderschwerpunkte bilden beispielsweise die Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten, die Errichtung sowie der Ausbau von Gewerbezentren, Bildungseinrichtungen und die Tourismusinfrastruktur. Die Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis (GWS) hat gemeinsam mit den anderen südwestfälischen Kreisen eine Regionale Entwicklungsstrategie für die Region Südwestfalen beauftragt, die seit Mitte des Jahres vorliegt. Unter dieser Voraussetzung ist eine Förderung der förderfähigen, unrentierlichen Ausgaben von bis zu 90 Prozent möglich. Darüber hinaus bietet das RWP auch Investitionsanreize zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeits- und Ausbildungsplätzen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, was auch bereits von Lüdenscheider Unternehmen genutzt wurde.

Das RWP wird voraussichtlich nicht ausreichen, den notwendigen Strukturwandel insbesondere der Automobilzuliefererindustrie zu bewältigen, wie auch aktuelle Entwicklungen in Lüdenscheid und der Region zeigen. Da jedoch die gesamte Industrieregion Südwestfalen von dem Strukturwandel betroffen ist, sollte auch in einem gemeinsamen und abgestimmten Prozess aller maßgeblichen Akteure und Organisationen in der Region

Südwestfalen eine fundierte und nachhaltige Strategie zur Unterstützung des Strukturwandels in der Region entwickelt und gegenüber Land und Bund vertreten werden. Hierbei lassen sich sicherlich viele Handlungsansätze und Erfahrungen aus dem geplanten und gesteuerten Strukturwandel in den Braunkohlerevieren ableiten und übertragen.

Industrielle Entwicklung geht immer mit Flächenentwicklung einher. Die Möglichkeit zur Revitalisierung von Industriebrachen ist abhängig von der Eigentümerstruktur, der jeweiligen Bebauung und den vorhandenen Altlasten. Ehemalige Industrieflächen werden zudem, wenn sie sich im Umfeld von Wohnbebauung befinden, oftmals wie beispielsweise an der Wiesenstraße für Wohnen und Sondernutzungen nachgenutzt. Es ist also unerlässlich, dass neue Industrie- und Gewerbegebiete entwickelt werden, um Raum für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und Region zu bieten, wie dies in den Lüdenscheider Leitlinien zur nachhaltigen Gewerbeflächenentwicklung skizziert wurde, die der Rat der Stadt Lüdenscheid in seiner Sitzung am 13.12.2021 zur Kenntnis genommen hat und die die Grundlage für die Vergabe von Grundstücken in zukünftigen Industrie- und Gewerbegebieten bilden.

Frage 3:

Ist der Verwaltung bekannt, wie sich der Strombedarf, der durch den Wechsel von Gasversorgung auf Energieversorgung in Fertigungsprozessen steigen könnte, in den kommenden Jahren entwickeln wird? Ist die Energieversorgung (bezogen sowohl auf die Netzinfrastruktur als auch auf die vorhandene Strommenge) insbesondere im Volme- und Lennetal ausreichend für die notwendige Umrüstung? Sollte man gemeinsam mit Städten, Gemeinden und kommunalen Energieversorgern hier verstärkt für die Absicherung der Energiesicherheit selbst als Akteur eintreten? Die Iserlohner Stadtwerke haben hier gemeinsam mit der Firma Risse und Wilke vor kurzem ein Projekt vorgestellt, das die Sicherheit bei der Energieversorgung unterstützen soll. Das Unternehmen sowie die Stadtwerke errichten gemeinsam in der Nähe der Fabrik Photovoltaik-Anlagen. Wäre das auch für die Lüdenscheider Stadtwerke beziehungsweise die ENERVIE ein zu bearbeitendes Zukunftsfeld, hier gemeinsam mit den Unternehmen Energiesicherheit herzustellen? Wie wird die Stadtverwaltung hierzu in den Mitbestimmungsorganen von ENERVIE und Stadtwerken agieren?

Antwort der Verwaltung:

Vor dem Hintergrund des geplanten Umbaus der Energieversorgung hat sich die ENERVIE Vernetzt für ihr gesamtes Versorgungsgebiet bereits frühzeitig mit den sich ändernden Anforderungen an die Netzinfrastruktur beschäftigt. Im Rahmen einer Studie wurden zunächst die zusätzlich erforderlichen Investitionen in die Stromnetze ermittelt, diese betragen bis zum Jahr 2040 rund 478 Mio €. Aktuell werden die ohnehin geplanten Investitionen (ca. 40 Mio €/a) mit diesen zusätzlich nötigen Investitionen abgeglichen und optimiert. Gleichzeitig werden die Gesamtinvestitionen auf alle im Netzgebiet befindlichen Kommunen „heruntergebrochen“. Ein Anteil in Höhe von ca. 83 Mio € der genannten Investitionen entfällt dabei allein auf Lüdenscheid.

Bereits heute besteht jedoch im Stromnetz der ENERVIE Vernetzt ein erhöhter Bedarf an Übertragungskapazität, Hintergrund ist, dass sich die Industrie in der Region bereits heute mit der Elektrifizierung von derzeit gasbetriebenen Produktionsprozessen auseinandersetzt. Auch aktuell laufende Prüfungen zum Bau von Energiespeichern im Versorgungsgebiet beeinflussen den Leistungsbedarf. Gerade hat die ENERVIE Vernetzt auf ihrer Internetseite das zukünftige Verfahren bei der Anfrage von zusätzlich erforderlichen Leistungsbedarfen der Industrie veröffentlicht. In diesem Zusammenhang ist auch die derzeit teilweise in der Öffentlichkeit geführte Diskussion, um einen zusätzlichen Anschluss des ENERVIE Stromnetzes an das Übertragungsnetz der AMPRION GmbH in Altena-Rossmart zu sehen.

Dieser zusätzliche Netzanschluss sichert die Energieversorgung der Industrie in Volme- und Lennetal und schafft gleichzeitig auch die Voraussetzungen die Energie, die in Wind- und PV Anlagen innerhalb des ENERVIE Netzes erzeugt wird, sicher in die Region zu verteilen.

Auf dem Feld der erneuerbaren Energien agiert die ENERVIE Gruppe ebenfalls aktiv. Für die geplanten Windkraftanlagen am Kälberberg wurde der Stadt Lüdenscheid im Rahmen eines Letter of Intent (LOI) eine Bürgerbeteiligung vorgestellt, in weiteren Kommunen sind Freiflächen PV- und Windkraftanlagen in unterschiedlichen Entwicklungsstufen projektiert. Alle Projekte werden, aufgrund der erforderlichen Investitionen grundsätzlich in den Aufsichtsgremien der ENERVIE Gruppe vorgestellt und beschlossen.

Frage 4:

Ist der Stadt Lüdenscheid bekannt, in welcher Form private und öffentliche Akteure derzeit planen, dezentrale Strukturen für die Wasserstoffversorgung zu organisieren? Ist der Verwaltung bekannt, wann Lüdenscheid an eine mögliche zentrale Versorgung mit Wasserstoff durch Pipelines angebunden sein könnte?

Antwort der Verwaltung:

Der Verwaltung ist derzeit nicht bekannt, in welchem potentiellen Ausmaß etwaige Maßnahmen zur Herstellung, Speicherung und Verteilung von Wasserstoff geplant sind.

Die Planung der leitungsgebundenen (überregionalen) Versorgung mit Wasserstoff erfolgt durch übergeordnete Planungsebenen. So haben die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) in Zusammenarbeit mit dem Bund das sog. [Wasserstoff-Kernnetz](#) entwickelt, welches den Startpunkt für den Aufbau einer deutschlandweiten Wasserstoffinfrastruktur bilden soll. Die Bundesnetzagentur hat das von den FNB entwickelte Konzept am 22. Oktober 2024 genehmigt.

Im bundesweiten Kernnetz durchläuft keine der geplanten Umstellungsleitungen (ehem. Gasleitungen) bzw. Neubauleitungen direkt das Gebiet des Märkischen Kreises. Jedoch ist eine Umstellungsleitung an der westlichen und eine Neubauleitung an der nordöstlichen Kreisgrenze geplant. Wann diese Leitungen tatsächlich realisiert werden und inwiefern hier ein lokaler Anschluss an das zentrale Wasserstofftransportnetz erfolgen wird, hängt wesentlich von der Privatwirtschaft ab, da das Kernnetz von den FNB und regionale Verteilernetze von den Verteilernetzbetreibern (VBN) realisiert werden.

Ein Anschluss Lüdenscheids an das Wasserstoff-Kernnetz könnte insb. im industriellen Kontext sinnvoll sein, wenn Unternehmen bspw. in Produktionsprozessen auf gasförmige Energieträger angewiesen sind. Sollte ein lokaler Anschluss z.B. eines Industriegebietes erfolgen, ist im direkten räumlichen Kontext auch die Wärmeversorgung über Wasserstoff denkbar. Von einer dezentralen Wasserstoff-basierten Wärmeversorgung ganzer Wohnquartiere ist aufgrund der vergleichsweise geringen Effizienz (eine elektronische Wärmepumpe arbeitet 4-6-fach effizienter als ein H₂-Brennwertkessel), unabsehbarer Kosten für die Bürger*innen und weiterer Unwägbarkeiten, wie beispielsweise der ausreichenden Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff abzusehen.

gez. Marcus Müller